

Familiäre Erziehung in der pluralistischen Gesellschaft*

Walter Herzog

In seinem Buch "Der junge Mensch" hat sich Konrad Widmer auch mit der Familie und ihrer erzieherischen Bedeutung auseinandergesetzt. Dabei zeichnet er im grundsätzlichen ein positives Bild der familiären Erziehung, übergeht aber nicht die Spannungen, denen die heutige Familie ausgesetzt ist. Und er übersieht auch nicht die Konflikte, die sich aus der gesellschaftlichen Isolierung der Familie ergeben. Die Familie ist eine "Intimgruppe". Als solche erhält sie ihren Sinn "... in der Liebe der Eltern zu den Kindern, in der innern Beziehung der Kinder zu den Eltern, in der liebenden Teilhabe und in der gegenseitigen Fürsorge, im Vertrauen, in der Solidarität, in der gegenseitigen Hilfeleistung, in der Verantwortung füreinander und miteinander. ... Gleichzeitig aber ... bewirkt die Familie - mehr als jede andere Gruppe - durch die Häufigkeit des Zusammenseins, durch das Überschreiten des raum-zeitlichen und des innern Eigenraumes der Individuen die Möglichkeit zu Konflikten, Schwierigkeiten und Problemen" (Widmer 1978, p. 72). Konrad Widmer hat die Familie nicht zur Idylle stilisiert, sondern deren Strukturen und Funktionen in Beziehung gesetzt zur gesellschaftlichen Situation. So heisst es weiter, die Familie sei "Teil der Gesellschaft". "Veränderungen in der Gesellschaft, etwa kultureller, politischer oder wirtschaftlicher Art, beeinflussen die Stellung der Familie in der Gesellschaft und auch deren interne Struktur" (ebd., p. 78).

Ich möchte mir diese Haltung Konrad Widmers gegenüber der Familie zu eigen machen und danach fragen, wie das gesellschaftliche Umfeld beschaffen ist, in dem sich die Familie heute bewegen muss, welches die Auswirkungen der Gesellschaft auf die familiäre Erziehung sind und wie der Familie in dieser Situation geholfen werden

* Referat an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften St. Gallen anlässlich der Tagung „Und über das Jahr der Familie hinaus ...“ vom 3. Dezember 1994.

kann. Ich gliedere meine Ausführungen in drei Teile: (1) die gesellschaftliche Situation der Familie, (2) Auswirkungen auf die familiäre Erziehung und (3) Massnahmen zur Stützung der heutigen Familie.

Pluralisierung der Gesellschaft

(1) Zur Bezeichnung des gesellschaftlichen Umfelds der Familie möchte ich das Stichwort "Pluralismus" verwenden. Wir leben in einer Gesellschaft, die ihren Zusammenhalt immer weniger in der Vertikalen, dafür umso mehr in der Horizontalen findet. Damit meine ich, dass die Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens vom Prinzip der Hierarchie und Kontrolle von oben auf Interaktion und Kommunikation umorientiert wird. Im Bereich der Schule denken wir darüber nach, wie wir der einzelnen Schule mehr Autonomie, mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung geben können. Wir lockern die Einbindung der Schule in das bürokratische System der Schulverwaltung und schaffen für die einzelne Institution mehr Entscheidungsspielraum. Reformen werden nicht mehr zentralistisch "von oben" verordnet, von Gremien und vom Staat. Vielmehr soll die Innovation "von unten" kommen, ausgehend von den Bedürfnissen und Interessen der direkt Betroffenen. "Schulentwicklung" meint die Veränderung und Verbesserung von Schule "vor Ort", das heisst dort, wo Schule effektiv gemacht wird, und nicht dort, wo Schule verwaltet wird (vgl. Landwehr 1993). Die einzelne Schule gewinnt dadurch an pädagogischem Profil, es wächst ihr Verantwortung für sich selbst zu, sie kann sich ihre Ziele teilweise selbst vorgeben, und sie ist aufgefordert, sich aus eigener Kraft zu erneuern. Dadurch entsteht Vielfalt (Pluralität). Zwar mag diese Entwicklung noch nicht überall sichtbar sein. Ich spreche hier auch eher von Prozessen, die in Diskussion sind und erst partiell Verwirklichung erfahren haben. In dem Masse jedoch, wie solche Veränderungen Realität werden, lösen sich vertikale, bürokratische Strukturen auf, die Autonomie der einzelnen Schule wird gestärkt, und der Lehrerinnen- und Lehrerberuf gewinnt an Professionalität (vgl.

Hargreaves 1994). Zunahme an Pluralität und Abbau von Hierarchie gehen zusammen mit erhöhten Ansprüchen an die Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Individuen.

Der Wandel unserer Gesellschaft in Richtung mehr Pluralität und verstärkte Ansprüche an die Autonomie des einzelnen zeigt sich auch im Bereich der Erziehungsziele und des erzieherischen Handelns. Seit dem Ende der 60er Jahre können wir eine Abkehr von traditionellen, auf Hierarchie und Autorität ausgerichteten Werten auf Autonomiewerte feststellen. Ziele wie "Gehorsam und Unterordnung" oder "Ordnungsliebe und Fleiss" verlieren an Bedeutung, während ein Ziel wie "Selbständigkeit und freier Wille" an Bedeutung gewinnt (vgl. Fend 1988, p. 114f.; Zinnecker 1985, p. 208). Ein Vergleich von Eltern von Grundschülerinnen und Grundschülern in Deutschland über einen Zeitraum von 10 Jahren (Erhebungszeitpunkte: 1973/74 und 1983) ergibt eine hohe Übereinstimmung in der Rangreihe der Erziehungsziele (vgl. Paetzold 1986). Im vorderen Drittel der 31 erfragten Ziele liegen solche, die Selbständigkeit und Selbstverwirklichung betonen ("glücklich sein", "selbständig sein", "selbstbewusst sein"), im hinteren Drittel solche, die Konformität betonen ("still sein", "beliebt sein bei Erwachsenen", "Schamgefühl haben"). Der Vergleich mit einer kürzlich (1990) in der ehemaligen DDR durchgeführten Studie mit denselben Zielvorgaben ergibt im grundsätzlichen erneut eine hohe Übereinstimmung, wenn sie auch zeigt, dass die individualistischen Ziele ("selbständig sein", "selbstbewusst sein") deutlich weiter zurückliegen (Positionen 9 und 13) als in den beiden Stichproben aus Westdeutschland (vgl. Sturzbecher & Kalb 1993). Es dürfte dies Ausdruck des Modernitätsrückstandes der neuen Bundesländer sein.

Wir sind hier nicht auf Daten aus Deutschland angewiesen. In der Studie "Zur Unrast der Jugend" aus den 70er Jahren, an deren Realisierung Konrad Widmer wesentlichen Anteil hatte, äusserten die befragten Schweizer Eltern zu 78,5% die Ansicht, es sei eine sehr wichtige oder gar eine der wichtigsten Aufgaben der Familie, Jugendliche "zu selbständigem, kritischem Urteilen und Handeln [zu] erziehen" (vgl. Casparis

1975, p. 156). Die Jugendlichen selbst gaben zu 72,9% an, das Verhalten ihrer Eltern eher als "Hilfe und Unterstützung", denn als "Kontrolle und Einschränkung" zu empfinden (vgl. ebd., p. 142). In einer eigenen Untersuchung haben wir kürzlich Eltern von achtjährigen Kindern in der Stadt Zürich zu einer Reihe von Erziehungszielen befragt. Als Ergebnis zeigt sich auch hier, dass Individualwerte eine hohe Bedeutung haben, während traditionelle Tugenden eher bedeutungslos sind. Die ersten Rangplätze der insgesamt 36 Items besetzen in unserer Studie die Ziele „Selbstvertrauen haben“ (1), „glücklich sein“ (2), „verantwortungsbewusst sein“ (3), „selbständig sein“ (4) und „entscheidungsfähig sein“ (5); am Schluss der Rangreihe stehen die Werte „vorausblickend sein“ (32), „dankbar sein“ (33), „ordentlich sein“ (34), „ehrgeizig sein“ (35) und „gehorsam sein“ (36) (vgl. Herzog, Böni, Guldemann & Schröder 1994).

Insgesamt ist im Bereich der familiären Erziehung ein Rückgang konventioneller Normen der blinden Unterordnung festzustellen. Auf der andern Seite nehmen Autonomiewerte zu. Zum Ausdruck kommt dabei ein Schwinden des Wertes der (patriarchalen) Autorität. Das erzieherische Verhältnis verliert sein hierarchisches Gefälle und tendiert zu einer zunehmend partnerschaftlichen Beziehung. Ein Blick auf die alteuropäische Familie und das schier unbegrenzte Gewaltpotential des "pater familias" zeigt, dass die erzieherische Verantwortung heute völlig anders wahrgenommen wird. Nicht nur, dass das Recht des Vaters ersetzt worden ist durch das Recht der Eltern, auch das Recht der Eltern ist nicht mehr länger Herrschaftsrecht, sondern Sorgerecht. Nicht mehr die "elterliche Gewalt" bestimmt das Verhältnis zum Kind, sondern die "elterliche Sorge" (vgl. Limbach 1988, p. 302)¹.

Die Umorientierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens von der Vertikalen zur Horizontalen äussert sich also gerade auch im scheinbar gesellschaftsfreien Raum der Familie. Die Pädagogik musste sich in den letzten Jahren den Vorwurf gefallen lassen,

¹ Im Schweizerischen Zivilgesetzbuch ist allerdings nach wie vor von der "elterlichen Gewalt" die Rede.

Instrument der Bevormundung, Manipulation und Unterdrückung zu sein, dies in der Annahme, "Erziehung" sei inhärent auf Hierarchie ausgerichtet. Das Wort „Erziehung“ verweist in seiner Etymologie ja durchaus auf eine Bewegung von unten nach oben: Erziehung als Herausziehung aus dem Zustand der Unreife und Heranziehung zur Mündigkeit. Man forderte die "Abschaffung der Erziehung" und die schlichte „Freundschaft mit Kindern“ (vgl. Herzog 1988). Auch in diesem - unter dem Zeichen der "Antipädagogik" erhobenen - Anspruch verbergen sich Hinweise auf die Veränderung unserer Gesellschaft, die sich immer mehr zu einem Geflecht von Systemen entwickelt, die sich zwar aneinander reiben, aber nicht mehr im Verhältnis der pyramidenförmigen Über- und Unterordnung zueinander stehen. Der systemische Charakter der Gesellschaft intensiviert die Anforderungen an die Kommunikation, das heisst den gegenseitigen Austausch von Information und die gemeinsame Lösung von Problemen. Eine pluralistische Gesellschaft ist eine kommunikative Gesellschaft. Sie kann durch einseitig erlassene Dekrete gar nicht mehr gesteuert werden. Die Kommunikation tritt gewissermassen an die Stelle der Produktion als Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung. Die Bedeutung, die den Kommunikationstechnologien, den Medien und der Informatik in unserer Gesellschaft zukommt, kann dies belegen.

Der Pluralismus unserer Gesellschaft zeigt sich auch im kulturellen Bereich. Dabei ist, was die Schweiz anbelangt, nicht in erster Linie an die kulturelle Vielfalt unserer vier Sprachregionen zu denken. Viel aufdringlicher ist die kulturelle Vielfalt, die sich aus der Anwesenheit von Ausländerinnen und Ausländern mit kulturell verschiedenem Hintergrund in unserem Land ergibt. Ich möchte dies wiederum an einem pädagogischen Beispiel illustrieren, und zwar an der kulturellen Vielfalt der Schulklassen in unserem Bildungssystem.

Im Kanton Zürich stammten im Schuljahr 1991/92 23% aller Schulkinder, also mehr als ein Fünftel, aus dem Ausland. 1980 waren es noch 19% gewesen (vgl. Schulstatistik 1992, p. 1). Dabei ist die Zahl der aus Nachbarländern der Schweiz stammenden Kinder abnehmend, diejenige von Kindern aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Tür-

kei und anderen, nicht-europäischen Ländern zunehmend. Gesamtschweizerisch liegt der Anteil ausländischer Kinder zwar etwas tiefer, nämlich bei 18% im Schuljahr 1988/89, die Vielfalt der Herkunftsländer nimmt aber ebenfalls zu (vgl. Borkowsky 1991, p. 20f.).

Die Zahl der Ausländerkinder macht sich konkret in der kulturellen Zusammensetzung einer Schulklasse bemerkbar. Gesamtschweizerisch zeigt sich, dass in rund einem Viertel aller Schulklassen (24%) ausschliesslich Schülerinnen und Schüler schweizerischer Herkunft unterrichtet werden. In etwa einem Drittel aller Schulklassen (31%) sind ein oder zwei Ausländerkinder vorhanden, in einem weiteren Viertel (26%) drei bis fünf, und in knapp einem Fünftel (19%) aller Schulklassen sind es sechs und mehr ausländische Kinder (vgl. Borkowsky 1991, p. 32). Wenn man Herkunftsland und Muttersprache gleichermassen berücksichtigt, dann stellt sich heraus, dass in der Schweiz rund 20% aller Schulklassen kulturell homogen sind, etwas mehr als 50% sind heterogen, insofern sie eine kleine kulturelle Minderheit aufweisen, und gut 25% sind sehr heterogen.

Die kulturelle Pluralisierung unserer Schulen ist nicht zuletzt für Kinder aus uns ferneren Kulturkreisen problematisch. Eine Mehrheit der Kinder ausländischer Herkunft durchläuft unsere Schulen mit deutlich geringerem Erfolg als schweizerische Kinder². Vor allem Kinder aus Südeuropa (Italien, Spanien, Ex-Jugoslawien, Türkei, Griechenland und Portugal) sind auf der Sekundarstufe I in Schultypen mit Grundansprüchen übervertreten, und sie besuchen überdurchschnittlich häufiger Klassen mit besonderem Lehrplan, sprich: Sonderschulen (vgl. Borkowsky 1991, p. 27ff.).

Insgesamt gesehen hat sich die Situation der Ausländerkinder in unseren Schulen über die letzten zehn Jahre hinweg verschlechtert (vgl. Borkowsky 1991, p. 92 Tab. A13; Lanfranchi 1994). Es besteht hier ein Handlungsbedarf, der jedoch politisch kaum

² Dies gilt nicht für Schülerinnen und Schüler mit Herkunft aus Deutschland, Österreich und Frankreich, die in unseren Schulen im allgemeinen gut abschneiden.

wahrgenommen wird. Wer in der Schule versagt, weil er einer kulturellen Minderheit angehört, dem wird vom Bildungssystem die Anerkennung seiner partikularen Identität verweigert. Um moralische Bedeutung zu erlangen, erfordert der kulturelle Pluralismus gesellschaftliche Anerkennung (vgl. Taylor 1993). Mit dieser Anerkennung tun wir uns schwer. Wir brauchen eine interkulturelle Pädagogik, und wir brauchen Konzepte der interkulturellen Kommunikation. Obwohl wir sehen, wie sich unsere Gesellschaft pluralisiert, halten wir an Mythen fest, die zum Hindernis werden, wenn es gilt, die Probleme unserer Schulen angemessen zu bewältigen.

Ich habe nun an drei Beispielen zu illustrieren versucht, was ich mit der Pluralisierung unserer Gesellschaft meine und welche Konsequenzen im pädagogischen Bereich damit verbunden sind. Ich habe von Innovationen im Schulsystem gesprochen und dabei einen Trend zu mehr Autonomie der Einzelschule festgestellt. Ich habe von einem Wandel der familiären Erziehungsziele gesprochen und dabei auf die zunehmende Bedeutung von Autonomiewerten aufmerksam gemacht. Und ich habe von der kulturellen Vielfalt in unseren Schulklassen gesprochen und dabei auf die zunehmende Bedeutung der (interkulturellen) Kommunikation hingewiesen. Ich möchte nun ein viertes Beispiel aufgreifen, bevor ich etwas ausführlicher auf die Frage nach der familiären Erziehung eingehe. Und zwar geht es um den Pluralismus der Familie selbst.

Ich brauche Ihnen nicht ausführlich zu demonstrieren, dass die traditionelle Familie heute nurmehr *eine* familiäre Form unter vielen ist. Die Erhöhung der Scheidungsrate, der Verbindlichkeitsverlust der Ehe als Institution, die Reduktion der Geburtenzahl, die Verlängerung der Lebenserwartung, die Zunahme der Bildungs- und Erwerbsbeteiligung der Frauen, der Abbau der rechtlichen Diskriminierung von Frauen etc. haben zu einer Destabilisierung der traditionellen Familie geführt (vgl. Herzog 1994). Familie heute meint ganz einfach nicht mehr in jedem Fall Vater, Mutter und Kinder, vereinigt unter einem Dach, verbunden durch biologische Abstammung und erkennbar an einem gemeinsamen Namen. Es ist schwieriger geworden, Familie zu definieren. Ohne hier Werbung machen zu wollen, verweise ich Sie auf die Zeitschrift "Schweizer

Familie", die vor kurzem eine Neugestaltung erfahren hat und im Untertitel schlicht "Zeitschrift für das Zusammenleben" heisst. Das ist zwar für eine Definition von Familie unzureichend, zeigt aber, wie das blosse Zusammenleben in vielen Fällen genügen muss, um eine Familie als solche zu erkennen. Es mag dann noch ein Generationenverhältnis dazukommen, denn zweifellos gehören Kinder zu unserem Verständnis von Familie. Ob aber das Zusammenleben mit Kindern darüber hinaus weitere Besonderheiten aufweist, ist für die Definition von Familie *heute* nicht mehr entscheidend.

Der Pluralismus der familiären Formen entsteht dadurch, dass nicht-eheliche Lebensgemeinschaften und alleinerziehende Eltern gegenüber der vollständigen Kernfamilie zahlreicher geworden sind. Des weitern hat die Zunahme der Scheidungsquote zur Folge, dass immer mehr sogenannte Fortsetzungsehen und Nachfolgefamilien entstehen. Beschränken wir uns auf die Kinder und Jugendlichen, die in Familien aufwachsen, so nimmt deren Anteil in Ein-Eltern-Familien (mit alleinerziehender Mutter oder alleinerziehendem Vater) und in Stieffamilien (Stiefvater- und Stiefmutterfamilien) deutlich zu (vgl. Peuckert 1991, p. 95ff.). Vor allem die Zahl der alleinerziehenden Mütter ist in den letzten rund 20 Jahren deutlich gestiegen (vgl. Burkart 1993, p. 164; Grundmann & Huinink 1991, p. 537, Tabelle 5).

Eine Folge der erhöhten Unbeständigkeit der familiären Lebensformen ist, dass sich biologische und soziale Verwandtschaft zunehmend überlagern. Bei jeder Neukonstruktion von Familie verdoppelt sich für die Kinder die Elternschaft und steigt das Universum der Verwandtschaft. Dies eröffnet einen Freiraum hinsichtlich der Festlegung auf Verwandtschaft. Die Aufrechterhaltung und das Eingehen von Beziehungen zu biologisch und/oder sozialen Verwandten wird der Entscheidung zugänglich. Auch hier lösen sich traditionelle Vorgaben, und die Autonomie des einzelnen wird erhöht. Der Verlust von traditionellen Bindungen, die zunehmende Bedeutung biographischer Festlegungen und der Entscheidungsdruck, den die Abstimmung der Lebensläufe von Mann und Frau mit sich bringen, haben Auswirkungen auf das traditionelle Ideal der Familie. Der Pluralismus der familiären Formen bedeutet die Auflösung der Selbstver-

ständigkeit eines kulturellen Musters und dessen Überantwortung in den Entscheidungsbereich des einzelnen. „Das Einschlagen einer ‚Familienkarriere‘, also die Wahl eines Partners und die Verfestigung dieser Beziehung bis zum Eheschluss und ein- oder mehrfacher Elternschaft ist heute nicht mehr selbstverständlich. Sie ist kein kulturell vorgegebener, sozusagen notwendiger Bestandteil weiblicher und männlicher Lebensentwürfe mehr, sondern *eine Frage der Wahl, der individuellen Entscheidung geworden*“ (Kaufmann 1990, p. 128).

Pluralistische Gesellschaft und familiäre Erziehung

(2) Ich komme zu einigen Überlegungen zur Situation der familiären Erziehung in der pluralistischen Gesellschaft. Es schiene mir falsch, die vorausgehend diskutierten Entwicklungen zu beklagen. Denn interessanterweise gehen die Pluralisierungstendenzen im Bereich von Gesellschaft und Familie nicht mit einer Verantwortungslosigkeit der Eltern gegenüber den Kindern einher. Vielmehr ist im Gegenteil von einer Verfestigung der Norm „verantworteter Elternschaft“ auszugehen. Mit dem Ausdruck „verantwortete Elternschaft“, der vom Soziologen Franz-Xaver Kaufmann geprägt worden ist, meine ich, dass sich die institutionelle (normative) Verbindlichkeit von Elternschaft im Verlaufe des 20. Jahrhunderts verfestigt hat. Die leichtere „Kündbarkeit“ von Partnerschaft durch Trennung oder Scheidung gilt im Verhältnis zu den Kindern nicht. „Gekündigt“ wird dem Ehepartner oder der Ehepartnerin, nicht aber den Kindern. Die gelegentlich als dramatisch bezeichneten Veränderungen im Bereich der Familie betreffen im wesentlichen die Paarbeziehungen, nicht aber die Eltern-Kind-Beziehungen (vgl. Hettlage 1992, p. 168).

Man mag einwenden, dass die Gewalt in der Familie, die in jüngster Zeit viel diskutiert wird, dieser Diagnose widerspricht. Doch die Gewalt gegen Kinder ist keineswegs auf „abweichende“ Familientypen beschränkt. Sie ist oft ein Phänomen von „Normalfamilien“, in denen Mütter mit ihrer Isolation und den überhöhten Erwartun-

gen an eine perfekte Beziehung zum Kind nicht zurecht kommen. Gerade die Gewalt gegen Kinder, von der man nicht recht weiss, ob sie tatsächlich zugenommen hat, oder ob sich nicht eher unsere Sensibilität dafür verschärft hat, zeigt, dass die Ansprüche an die Elternschaft und Kindererziehung gestiegen sind. Wo die Norm der „verantworteten Elternschaft“ Verbreitung findet, da gibt es kaum noch ungewollt geborene oder unerwünschte Kinder. Von den „leiblichen“ Eltern wird erwartet, dass sie die Verantwortung für das Leben ihrer Kinder durch Pflege und Erziehung übernehmen (vgl. Kaufmann 1990, p. 39). Wie stark diese Norm heute ist, zeigt sich etwa daran, dass nur noch wenige Frauen - zumeist unter erheblichen seelischen Belastungen - bereit sind, eine Schwangerschaft auszutragen und das Kind dann zur Adoption freizugeben. Elternschaft ist von einem oft ungewollten Schicksal zu einer Lebensentscheidung geworden. Auch das zunehmende Interesse der Väter an der Kindererziehung kann als Ausdruck der höheren Verbindlichkeit der Norm der „verantworteten Elternschaft“ gedeutet werden. Hat die Ehe eine Deinstitutionalisierung erfahren, dann die Elternschaft eine verstärkte Institutionalisierung. Elternschaft lässt die Auflösung der Beziehung zum Kind gerade nicht (mehr) zu.

Die Verbindlichkeit der Norm der „verantworteten Elternschaft“ garantiert allerdings nicht, dass sie in jedem Fall erfüllt wird. Die familiäre Erziehung ist in der pluralistischen Gesellschaft nicht einfacher geworden. Der Abbau von Hierarchie und Autoritarismus, der Anspruch auf Erziehung zur Selbständigkeit und Eigenverantwortung und die Notwendigkeit, kommunikative Fertigkeiten zu fördern und zu pflegen, machen das Geschäft der Erziehung anspruchsvoller und konfliktreicher. Darin liegt eine gewisse Paradoxie. Auf der einen Seite gibt es weniger Kinder, denn es werden weniger Kinder geboren, auf der anderen Seite steigen die Ansprüche an die Erziehung der weniger werdenden Kinder. Während man mit Blick auf die blosse Quantität der Kinder von einer Entlastung der Eltern sprechen kann, muss man im Hinblick auf die qualitativen Veränderungen in der Beziehung zu den Kindern eher von einer zunehmenden Belastung der Familien sprechen.

Die starke Belastung heutiger Familien durch die Aufgabe der Erziehung zeigt sich auch in weiteren Bereichen. Da ist einmal die zunehmende Reduktion der Freiräume für Kinder in unserer Gesellschaft. Eine der nachhaltigsten Entwicklungen in der pluralistischen Gesellschaft ist die Einschränkung der für Kinder und Jugendliche zugänglichen Lebensräume. Zunehmender Verkehr, intensiviert Nutzung von Grund und Boden und verdichtete Siedlungsweise haben die Wohnumfelder der Kinder anregungsärmer und gefährlicher gemacht. Kindsein ist heute immer weniger unbeaufsichtigt möglich. Die Beaufsichtigung der Kleinen, die früher, in einer kinderreichen Familie die Geschwister übernehmen konnten, haben heute, bei kinderarmen Verhältnissen, die Eltern zusätzlich zu leisten.

Kindheit ist auch immer mehr arrangierte Kindheit. Das Leben der Kinder findet ausserhalb der Lebensräume der Erwachsenen in spezifischen „Sonderumwelten“ wie Spielplätzen, Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen, Freizeitanlagen etc. statt. Die Eltern müssen vermehrt Leistungen erbringen, die darauf hinauslaufen, das Kind von einem Lebensraum zum anderen zu führen. Der Ozean zwischen den Inseln der Kindheit muss mit Hilfe von Mutter und Vater überquert werden. Und dies täglich mehrmals und mindestens so lange, bis sich das Kind selbständig durch die Erwachsenenwelt zu bewegen weiss. Unsere Gesellschaft ist vielleicht nicht kinderfeindlich, aber sie ist Kindern gegenüber indifferent. Und je weniger Kinder es sind, die geboren werden und aufwachsen, desto mehr Aufwand haben die Eltern zu betreiben, um ihre Kinder in dieser kinderindifferenten Gesellschaft zu begleiten.

Auch der Rückgang der Geburtenzahlen verengt den Lebensraum von Kindern. 84,4% aller Kinder in der Schweiz wachsen heute entweder als Einzelkind (43,3%) oder mit einem einzigen Geschwister (41,1%) auf (vgl. Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1994, p. 37)³. Die Reduktion der Kinderzahl auf durchschnittlich 1,5 Kinder pro Familie hat zur Folge, dass die Wahrscheinlichkeit, in der engeren Nachbarschaft gleichalt-

³ 1980 waren es noch 79,9% (37,5% Einzelkinder, 42,4% Kinder mit nur einem Geschwister).

rige Kinder anzutreffen, geringer wird. Für die Stadt Zürich gilt gemäss einer neueren Studie, dass die *Hälfte* der Kleinkinder (bis 4;4) keine Geschwister hat und lediglich weitere 37% über ein Geschwister verfügen (vgl. Hutter & Jakob 1990, p. 168). Prognosen des Bundesamts für Statistik rechnen mit einem Absinken des Anteils von Kindern und Jugendlichen unter 20 Jahren an der Gesamtbevölkerung von 30,3% im Jahre 1945 über 25,7% im Jahre 1985 auf 19,6% im Jahre 2025 (vgl. Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1990, p. 22, Grafik 1.2).

Der soziale Raum für Kinder wird sukzessive ausgedünnt. Kinder werden zu „punktuellen“ Ereignissen in einer erwachsenenorientierten Gesellschaft. Damit steigen die Ansprüche an die Erziehungstätigkeit erneut. Keine Geschwister, keine Nachbarkinder, keine öffentlichen Räume für Kinder, ausser Haus wohnende und oft selbst (noch) im Erwerbsleben stehende Grosseltern, hohe Ansprüche an die Förderung der Kinder etc. - die immer weniger werdenden Kinder verlangen nach immer mehr erzieherischem Aufwand. „Mütter und Väter sind heute stärker gezwungen, ehemals selbstverständliche Erfahrungen von Kindern bewusst herzustellen“ (Rerrich 1983, p. 446). Die advokatorische Funktion der Eltern, das heisst die Wahrnehmung der spezifischen Interessen des einzelnen Kindes in einer nicht für Kinder eingerichteten Welt, ist zunehmend zu einer entscheidenden Aufgabe von Erwachsenen geworden (vgl. Kaufmann 1990, p. 107).

Die Erfüllung dieser Aufgabe wird erschwert durch die Tatsache, dass Eltern, unter dem Druck der erhöhten Mobilität in unserer Gesellschaft⁴, oft knapp an Zeit sind, da ihnen der Arbeitsweg einen Grossteil der vermeintlich „freien“ Zeit wegstiehlt. In einer dänischen Studie wurde jüngst festgestellt, dass beide Eltern zusammen für Arbeit und Arbeitsweg 95 Stunden pro Woche aufwenden. In den 50er Jahren brauchten sie hierfür nur 55 Stunden. Die Kinder haben im Laufe einer Generation durch das Auseinanderdividieren von Arbeit und Wohnen und durch wenig angepasste Verkehrsver-

⁴ Bedingt durch die zunehmenden Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsort und die häufigeren, arbeitsmarktbedingten Stellenwechsel.

hältnisse pro Woche 40 Stunden des Zusammenlebens mit den Eltern eingebüsst (vgl. Hettlage 1992, p. 257).

Wenn diese Probleme auch stärker für Familien in städtischen Verhältnissen zutreffen dürften, so führen die gesteigerten Erwartungen an eine gute Erziehung generell zu zusätzlicher Beanspruchung der Eltern, und zwar auch dann, wenn sie nur ein Kind oder zwei Kinder haben. Die Reduktion der Kinderzahl führt nicht zu einer Reduktion des Betreuungsaufwandes, eher im Gegenteil. Die Dimensionen der Problematik lassen sich an folgendem Beispiel anschaulich illustrieren: In der Stadt München gab es 1954 49 Spielplätze für Kinder, 1981 waren es 417 - eine Steigerungsrate, die in etwa der Zunahme des Strassenverkehrs entspricht (vgl. Rerrich 1983, p. 427f.). Nicht nur sind die Strassen und Plätze als Spielraum für Kinder weggefallen, sie sind zu Hindernissen geworden, die den Kindern den Weg zu den arrangierten Spielinseln versperren.

Ein letzter Punkt betrifft die gestiegene Bedeutung, die heute einer guten schulischen Bildung zukommt. Die enge Verkoppelung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem in unserer Gesellschaft hat zur Folge, dass die Zeit, die Kinder und Jugendliche in Schulen verbringen, über deren Lebenschancen ganz wesentlich entscheidet. Während die Schule an Sozialisations- und Erziehungsstärke eher verloren hat, hat sie an instrumenteller Bedeutung gewonnen (vgl. Fend 1989). Das lässt sich schon rein quantitativ an der Zeit ablesen, die Kinder in der Schule zu verbringen haben. Die Arbeitszeit von Schulkindern liegt heute in der Nähe dessen, was von einem erwachsenen Arbeitnehmer oder einer Arbeitnehmerin verlangt wird. Die Präsenzzeit von Schülerinnen und Schülern hat in der Schweiz seit der letzten Jahrhundertwende um rund 25% zugenommen (vgl. Schildknecht & Strittmatter 1987).

Eltern müssen sich daher schon früh engagieren für die schulische Karriere ihrer Kinder. Die meisten Eltern haben heute ein sehr hohes Interesse am Schulerfolg ihrer Söhne und Töchter. Die Wirkungen, die der elterliche Ehrgeiz mit sich bringt, sind

allerdings ambivalent. Im Falle von schulischem Versagen können die Kinder oft nicht mit dem Verständnis der Eltern rechnen. Dabei zeigen Untersuchungen, dass schulische Frustration am ehesten im Horizont der Familie bewältigt werden kann (vgl. Engel & Hurrelmann 1989; Kaufmann 1990, p. 37; Wahl 1989, p. 194ff.). Auch darin zeigt sich ein Wandel der Elternrolle. Auf der einen Seite sollen Eltern im Bewusstsein der gestiegenen Bedeutung von schulischem Erfolg ihre Kinder unterstützen, andererseits sollen sie schulisches Versagen und schulische Frustration abfangen und ihrem Kind bei der Bewältigung schlechter Leistungen zur Seite stehen. Ganz allgemein nimmt die Schule durch gesteigerte Leistungsansprüche die Eltern schulpflichtiger Kinder stark in Anspruch (vgl. von Trothe 1990, p. 467f.). Der intensivierten Erziehungsaufgabe steht unter Umständen die Bedeutung der Paarbeziehung von Mutter und Vater im Weg. Die zunehmende Bedeutung der erzieherischen Komponente der Familie kann in Konflikt geraten mit der ebenfalls zunehmenden Bedeutung der Partnerschaftlichkeit des ehelichen Verhältnisses.

Unter der zusätzlichen erzieherischen Belastung, von der heutige Familien betroffen sind, leiden nicht zuletzt die Mütter. Einerseits, weil sich die Väter nach wie vor wenig an der Betreuung der Kinder beteiligen (vgl. Herzog, Böni, Guldemann & Schröder 1994). Andererseits, weil die Erwerbstätigkeit der Frauen, nicht zuletzt dank ihres verbesserten Bildungsstatus, zunehmend Bestandteil der weiblichen Normalbiographie ist. Die Mütter beanspruchen ein Stück eigenes Leben zu einem historischen Zeitpunkt, zu dem gleichzeitig und stärker als zuvor den Kindern Eigeninteressen eingeräumt werden und die Erziehungsaufgabe anspruchsvoller wird (vgl. Rerrich 1983, p. 444). Dem zunehmenden Interesse der Frauen an Erwerbsarbeit und Beteiligung am öffentlichen Leben steht die erhöhte Belastung durch die Betreuung von Kindern gegenüber. Auch wenn heutige Eltern sich grösste Mühe geben, Kompromisse zu finden, um es den Kindern und sich selbst recht zu machen, ist ihr individuelles Bemühen letztlich doch vom Scheitern bedroht. Denn was sie erreichen, ist allenfalls ein privater Lösungsversuch für ein *strukturelles* Problem unserer Gesellschaft. Das Problem stellt

sich ähnlich wie im Falle der Suche nach einem neuen Muster der Geschlechterbeziehung: Die strukturellen Hindernisse sind oft zu gross, als dass eine neue Verhaltenspraxis realisiert werden könnte. So besteht die Gefahr, dass auch im Verhältnis zu den Kindern das Konfliktpotential grösser wird und die erzieherische Kraft der Familie - trotz verminderter Geburtenzahlen - geschwächt wird.

Kaufmann spricht von der "strukturellen Rücksichtslosigkeit von Wirtschaft und Staat gegenüber dem Tatbestand der Elternschaft" (Kaufmann 1990, p. 10). Elternschaft wie Familie werden in unserer Gesellschaft nach wie vor als Privatsache definiert und aus dem politischen Entscheidungsraum ausgegrenzt. Das führt dazu, dass die individuellen Konflikte der Geschlechtspartner, insbesondere der Eltern, auch individuell gelöst werden müssen. Die Folge ist ein Anstieg der Konflikte in den Ehen, eine Zunahme von Gewalt in den Familien, eine Erhöhung der Scheidungsrate, eine (weitere) Reduktion der Kinderzahl, eine Verminderung der erzieherischen Kraft der Familie etc. Das politische Desinteresse des Staates gegenüber der Familie ist folglich mitverantwortlich für die zunehmenden Belastungen im Bereich der familiären Erziehung.

Notwendigkeit der Familienpolitik

(3) Damit komme ich zu einigen abschliessenden Gedanken hinsichtlich Massnahmen zur Stärkung der Familie und ihrer erzieherischen Funktion. Eigenartigerweise entspricht dem Pluralismus der familiären Lebensformen, wie er sich statistisch und in der empirischen Forschung darstellt, kein *Bewusstsein* des familiären Pluralismus. Immer wieder zeigt sich in empirischen Studien, dass das Ideal der Familie unbeeinflusst von den realen Verhältnissen hochgehalten wird (vgl. z.B. Univox 1994). Man kann geradezu davon sprechen, dass der Pluralisierung der familiären Lebensformen ein Prozess der Verfestigung des *Mythos* der Familie parallel geht. Vermutlich haben wir es mit einer Kompensation der Undurchsichtigkeit unserer pluralistischen Gesellschaft zu tun. Der Pluralismus erzeugt bei vielen Menschen Unsicherheit und wird als

Bedrohung der eigenen Identität empfunden. Es entsteht eine "Furcht vor der Freiheit", wie es Erich Fromm (1983) schon vor Jahren genannt hat. Als Reaktion wird bei autoritären Gruppen und Ideologien Zuflucht gesucht. Aber auch das Festhalten an Idealen, die der Wirklichkeit nicht mehr gerecht werden und dadurch mythischen Charakter gewinnen, kann eine solche kompensatorische Reaktion sein.

Die moderne Familie, wie sie im 19. Jahrhundert entstanden ist und in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts grosse Verbreitung gefunden hat, wurde von Anfang an mit Konnotationen des Überschaubaren, Emotionalen und Behaglichen versehen. Die Familie entstand als Raum der Privatheit und versprach Erholung von der Hektik der Arbeitswelt und der harten Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit. Als Ideal scheint die Familie Geborgenheit zu garantieren, Rückzugsmöglichkeiten zu bieten und den unverstellten Umgang der Menschen zu erlauben. Die Sehnsucht nach dem Einfachen und Natürlichen wächst in einer gesellschaftlichen Situation, die als "unübersichtlich" und "künstlich" erscheint. Die Familie wird dadurch zum mythischen Gegenpol der pluralistischen Gesellschaft.

Ich denke, dass der Familie in der Masse geholfen werden muss, wie diese gegenläufigen Bewegungen immer mehr auseinanderdriften. Wir haben auf der einen Seite eine Vielfalt an familiären Lebensformen und auf der andern Seite eine Verfestigung des Mythos der traditionellen Familie. Die Spannung, die daraus entsteht, kann für die Familie und die familiäre Erziehung bedrohlich werden. Je höher das Ideal, desto grösser die Enttäuschung, wenn es sich nicht verwirklichen lässt – desto grösser aber auch der politische Handlungsbedarf.

Die Familienpolitik spielt in der Schweiz nach wie vor eine geringe Rolle und ist zu meist eingespannt in eher konservative Zielsetzungen (vgl. Huber 1991). Die auf der Tagesordnung stehenden politischen Themen werden kaum je im Hinblick auf die Familie diskutiert. Überhaupt verlaufen die politischen Auseinandersetzungen, die wir führen, eigenartig getrennt voneinander. Wir sprechen über die Gleichstellung der

Frauen, denken aber nicht an die Konsequenzen, die sich daraus für die Familie ergeben. Wir sprechen über das Drogenproblem, sehen aber nicht, dass eine vermehrte Prävention in den Bereich der Familienpolitik hineinführen würde. Wir sprechen über die Reform des Bildungswesens, erkennen aber nicht, dass eine Veränderung der Schule Folgen für die Familie hat. Etc.

Nehmen wir das Beispiel der Schule. In den letzten 50 Jahren ist an unseren Schulen praktisch lückenlos die Koedukation eingeführt worden. Es gibt kaum mehr einen Bereich, in dem die Mädchen *formell* gegenüber den Knaben benachteiligt werden. Mädchen erhalten denselben Unterricht in denselben Fächern und nach demselben Lehrplan wie Knaben. Nur in wenigen Fällen gibt es noch Unterschiede in der Stundendotation oder im Fächerkanon (vgl. Mädchen – Frauen – Bildung 1992). Es ist erstaunlich, wie wenig die Veränderungen im Schulbereich in ihren Auswirkungen auf die Familie bedacht werden. Die Zunahme und Verbesserung der Bildung der Mädchen und Frauen bedeutet deren Gleichstellung mit den Männern. Sie bedeutet auch deren Vorbereitung auf eine Erwerbstätigkeit. Denn der Zugang zur Arbeitswelt erfolgt im wesentlichen über eine gute schulische Bildung. Die Verwirklichung der Chancengleichheit im Bildungswesen bedeutet somit Öffnung des Beschäftigungssystems für die Frauen. Die Bildungspolitik hat damit – gewollt oder nicht – Auswirkungen auf die Familie. Denn es macht immer weniger Sinn, Frauen gut auszubilden, in die Arbeitswelt einzugliedern, und sie dann, bei Gründung einer Familie, auf die traditionelle Rolle der Vollzeitmutter und -hausfrau zurückzubinden. Nicht nur ist dies ökonomisch unsinnig, die Frauen sind zurecht auch nicht mehr ohne weiteres bereit, diesem gesellschaftlich verordneten Diktat zu entsprechen.

In den letzten 20 Jahren ist nicht nur in der Schweiz, sondern in allen hochindustrialisierten Ländern eine Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit zu beobachten (vgl. Hettlage 1992, p. 100ff.; Sommer & Höpflinger 1989, p. 42 und Tabelle 10). Die Erwerbsquote von Frauen, die in einer Partnerschaft leben und zwischen 15 und 39 Jahre alt sind, hat sich in der Schweiz zwischen 1960 und 1980 verdreifacht (vgl. Di-

serens 1991, p. 154f.), eine Tendenz, die sich im internationalen Vergleich bestätigt (vgl. Gétaz 1991, p. 135; Burkart & Kohli 1992, p. 270). Durchwegs zeigt sich auch eine Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern im vorschulpflichtigen Alter (vgl. Grundmann & Huinink 1991, p. 536; Kaufmann 1990, p. 103f.). Selbst Mütter von Kindern im Kleinkindalter fragen vermehrt Erwerbsarbeit nach, sowohl im Ausland wie in der Schweiz (vgl. Burkart 1993, p. 165, Anm. 18; Hutter & Jakob 1990, p. 169; Peuckert 1991, p. 145f.; Sommer & Höpflinger 1989, p. 39). Eine Studie des Bundesamtes für Statistik aus dem Jahre 1991 ergibt, dass in der Schweiz Frauen im Alter über 14 Jahren zu durchschnittlich 55% erwerbstätig sind (vgl. Arbeiten in der Schweiz 1992, p. 8). In der Gruppe der 25- bis 49-Jährigen sind es 71%. Selbst von den Frauen mit Betreuungsaufgaben für Kinder unter 15 Jahren sind 56% erwerbstätig, wenn auch in erster Linie teilzeitlich.

Was ich damit illustrieren möchte ist, dass unsere politischen Diskurse wenig aufeinander abgestimmt sind. Wir verändern unsere Schule, indem wir Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern schaffen, ohne zu bedenken, welche Auswirkungen in anderen Lebensbereichen und Politikfeldern, insbesondere demjenigen der Familie, damit verbunden sind. Vergleichbares liesse sich zur Drogenpolitik sagen. Was nützen die radikalsten Massnahmen, wenn wir nicht bedenken, dass die Primärprävention bei den Bedingungen des Aufwachsens von Kindern in unserer Gesellschaft ansetzen müsste?

Für die Familie und die Familienpolitik bedeutet dies, dass unser Handeln von der *Realität* Familie ausgehen muss und nicht vom *Mythos* Familie, wie fest auch immer dieser Mythos in unseren Köpfen verankert sein mag. Um auf das Beispiel der Gleichstellung der Frauen in Schule und Arbeitswelt zurückzukommen: Die Erwerbstätigkeit von Frauen lässt sich nicht ohne weiteres mit der traditionellen Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter vereinbaren. Die Integration der Frauen in Bildung, Beruf und Arbeitswelt schafft einen Konflikt mit den traditionellen familiären Rollen von Mann

und Frau. Das traditionelle Ideal der Familie wird zum Gegenpol eines emanzipierten Frauenbildes. Die Folge ist ein zunehmender Druck auf die familiäre Erziehung.

Es scheint mir eine vordringliche Aufgabe unserer Zeit zu sein, Familie neu zu denken, neu mit Inhalt zu füllen und neu zu begründen. Die Zunahme der Konflikte innerhalb der Familie darf nicht als unhinterfragbarer Sachverhalt akzeptiert werden. Die Spannungen, unter denen die Familien im Bereich der Partnerschaft stehen, und die Belastungen, die sie im Bereich der Kindererziehung zu ertragen haben, müssen Anlass sein, um neue Formen des familiären und ausserfamiliären Zusammenlebens zu finden. Das wird nicht gehen ohne die Mitbeteiligung anderer Institutionen wie der Wirtschaft, dem Bildungssystem, der Politik etc.

Um erneut auf die Schule zurückzukommen, so ist sie eine jener gesellschaftlichen Institutionen, die sich der diskutierten Pluralisierung im Bereich von Gesellschaft und Familie noch kaum angepasst hat. Zwar ist die Schule Promotor der Emanzipationsbewegung der Frauen, aber sie verschliesst sich den Konsequenzen, die daraus entstehen. Es ist einäugig und halbherzig, die Schülerinnen den Schülern gleichzustellen, ihnen gleiche Bildungs- und Lebenschancen einzuräumen und sie dann, wenn sie erwachsen, ausgebildet und erwerbstätig sind, im Stich zu lassen. Unsere Schulen müssen sich so verändern, dass sie nicht nur die Voraussetzungen für weibliche Erwerbstätigkeit schaffen, sondern diese Erwerbstätigkeit auch erlauben, indem sie vermehrt Tagesstrukturen anbieten, die den Kindern ein Verweilen an der Schule auch dann ermöglichen, wenn niemand zu Hause ist. Was wir brauchen, im Zeichen der Unterstützung der familiären Erziehungsleistungen, sind mehr Tagesschulen, Mittagstische, Blockunterricht, Horte etc.

Auch im Vorschulbereich ist ein Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder dringlich. Zwar haben wir kaum verlässliche Zahlen in der Schweiz. Eine Studie der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen kommt jedoch zum Schluss, dass selbst bei konservativer Schätzung die Nachfrage nach familienexterner Kinderbetreuung das Ange-

bot um rund das Doppelte übersteigt (vgl. Eidgenössische Kommission für Frauenfragen 1993, p. 14f.). Interessant ist im übrigen, wie in den meisten Untersuchungen deutlich wird, dass familienexterne Kinderbetreuung in zunehmendem Masse auch von *nicht-erwerbstätigen* Müttern nachgefragt wird (vgl. Montandon & Troutot 1991, p. 214; Troutot, Trojer & Pecorini 1989, p. 54f.). Die vermehrte Nachfrage nach Fremdbetreuung auch bei traditionellen Familien kann als Zeichen der anspruchsvoller gewordenen Erziehungsaufgabe gedeutet werden.

Zweifellos bedarf es nicht nur Veränderungen im Vorschul- und Schulbereich, um die Familie zu stützen. Es sind auch Massnahmen im Bereich der Arbeitswelt notwendig. Ich brauche hier kaum ausführlicher zu werden. Die Massnahmen sind bekannt und betreffen u.a. die Verwirklichung eines wirksamen Mutterschaftsschutzes, die Ermöglichung von Elternurlaub, die Schaffung qualifizierter Teilzeitstellen für Frauen und Männer, die Angleichung der Löhne von Frauen und Männern, die Gleichstellung der Geschlechter im Bereich der Sozialversicherung etc. [Es ist penibel, was wir zur Zeit beobachten, wie nämlich selbst die Minimalvariante eines Mutterschaftsschutzes, wie sie der Bundesrat vorlegt, von verschiedensten Seiten in Frage gestellt wird.]

Lassen Sie mich abschliessend feststellen, dass die Familie *als solche* keine Garantie gibt für eine gute Erziehung. Wir sind aufgerufen, den Pluralismus der Gesellschaft und die Vielfalt der familiären Lebensformen anzuerkennen und unser politisches Handeln darauf auszurichten. Wir sollten uns nicht länger am *Mythos* Familie, sondern an der *Realität* Familie orientieren. Wir sollten unsere Institutionen daraufhin befragen, ob sie der veränderten familiären Realität noch genügen und – wo dies nicht der Fall ist – wie sie zu verändern sind. Unser Ziel sollte die Stärkung der erzieherischen Kraft der Familie sein. Wir dürfen nicht weiter zusehen, wie die Konflikte, die die Pluralisierung der Gesellschaft den Familien bringt, in diesen zur bedrohlichen Sprengkraft werden. Es sind Anpassungen der Gesellschaft gefordert, die es ermöglichen, die zur Zeit privatisierte Konfliktverarbeitung dorthin zurückzuverlegen, wo sie hingehört, nämlich in den politischen und öffentlichen Bereich. Was wir brauchen,

sind eine pluralistische Familienpolitik und eine pluralistische Bildungspolitik, die dem Pluralismus unserer Gesellschaft gerecht werden.

19.11.1994